

Herbstsession 2009

Positive und negative Signale

Von Nationalrätin Viola Amherd

Begonnen hat die Session für das Wallis mit einer wichtigen Entscheidung. Der Nationalrat stimmte dem Rahmenkredit für die 3. Rhonekorrektur oppositionslos zu. Insgesamt zahlt der Bund für die erste Bauetappe bis 2014 rund 169 Millionen Franken. Das sind 65 Prozent der massgebenden Kosten, was dem gesetzlichen Maximum entspricht. Für unseren Kanton ist das nicht zuletzt auch ein beruhigendes Signal freundeidgenössischer Solidarität.

Jugend als Verlierer

Etwas weniger freundeidgenössisch ging es beim 3. Konjunkturpaket von Bundesrätin Doris Leuthard zu. National- und Ständerat konnten sich nicht finden. Zuletzt brauchte es Einigungskonferenzen zwischen den beiden Kammern. Sie hat schliesslich zur Kürzung der vorgesehenen Mittel für die Arbeitslosigkeit geführt. Ein schlechtes Zeichen vor allem für die Jugendlichen. Perspektivlosigkeit ist der grösste Treiber für die Jugendgewalt. Den Jungen eine Perspektive zu geben ist somit nicht nur eine wirtschaftspolitische, sondern auch eine gesellschaftspolitische Pflicht. Doch das positive Signal an die Jugend blieb aus.

Gleiches gilt für die Motion über ausserordentliche Massnahmen zur beruflichen Förderung von Jugendlichen. Damit sollte erreicht werden, dass mehr Unternehmen bereit sind, Berufspraktika anzubieten und Jugendliche nach der Lehre weiterzubeschäftigen. Denn diese sind meist die grössten Leidtragenden eines Stellenabbaus. Der Nationalrat lehnte den Vorstoss knapp ab. Der Bundesrat hatte selber dazu geraten, u.a. mit dem Hinweis, dass im Rahmen des 3. Konjunkturpakets über zusätzliche Massnahmen bei der Jugendarbeitslosigkeit beraten würde. Da dieses Paket nun ziemlich ausgedünnt ist, bleibt für die Jugendlichen nicht mehr viel.

Zähigkeit zahlt sich aus

Unbeirrte Köpfe brauchte es beim Rahmengesetz für kommerziell angebotene Risikoaktivitäten und das Bergführerwesen. Jean-Michel Cina hatte vor rund 10 Jahren mit seiner parlamentarischen Initiative den Anstoss dazu gegeben. Nun hat der Nationalrat zugestimmt. In der Zwischenzeit hat das Wallis zwar ein eigenes Gesetz. Aber nur wenige andere Kantone kennen ebenfalls Regeln. Kantone ohne Regelung bieten jedoch Schlupflöcher für unseriöse kommerzielle Anbieter, die von ihrem Firmensitz aus in der ganzen Schweiz tätig sein können. Für den Tourismus eine verheerende Situation, die mit dem neuen Gesetz beendet werden kann.

A propos Gebirge: Dass es die Interessen der Alpenkantone in Bundesbern trotzdem nicht so einfach haben, zeigt die Antwort von Bundesrat Leuenberger auf meine Frage zu den Gebirgslandeplätzen im Monterosa-Gebiet. Ich wollte wissen, weshalb der breit abgestützte Vorschlag von Zermatt bisher keine Berücksichtigung fand. Doch es zeigte sich, dass hier nach wie vor regionale Wirtschafts- und nationale Umweltschutzinteressen aufeinander prallen. Ausschlaggebend wird sein, welche Signale der Staatsrat offiziell nach Bern sendet.